



Wir lassen uns nicht spalten!

**Resolution des außerordentlichen Delegiertentags der
Gewerkschaft der Polizei Nordrhein Westfalen,
Dortmund, 18. April 2013**

Am 18. März hat die Landesregierung den Beschluss gefasst, das Ergebnis der Tarifverhandlungen für den öffentlichen Dienst der Länder nur zum Teil für die Beamtinnen und Beamten in NRW zu übernehmen. Vorher hat es keine Gespräche mit den Gewerkschaften zur Frage der Übertragung des Tarifergebnisses gegeben.

Dieses Vorgehen der Landesregierung hat zu einem massiven Vertrauensverlust der Beschäftigten der Polizei in die Verlässlichkeit der Landesregierung und in ihren Willen, den öffentlichen Dienst in NRW zukunftssicher weiter zu entwickeln, geführt.

Was die Landesregierung als „soziale Staffelung“ bei der Übertragung des Ergebnisses der Tarifverhandlungen bezeichnet, kommt bei den Beschäftigten der Polizei als reiner Willkürakt an. Die Politik versucht, sich durch die Hintertür aus dem für den Öffentlichen Dienst der Länder erzielten Verhandlungsergebnis davonzustehlen.

Die Mehrheit der Polizeibeamtinnen und -beamten in NRW muss sich nach 2011 und 2012 auch 2013 und 2014 erneut auf Reallohnverluste einstellen.

Wir sind die Polizei in Nordrhein-Westfalen.

Wir stehen zusammen in Verantwortung für die Innere Sicherheit. Ob als Beamte des mittleren Dienstes, des gehobenen Dienstes, des höheren Dienstes oder als Tarifbeschäftigte.

Wir lassen uns nicht spalten!

Mit unseren Leistungen für die Sicherheit der Bürgerinnen und Bürger, mit unserer Kompetenz und unseren hohen Qualitätsstandards sind wir in Nordrhein-Westfalen bundesweit führend. Aber bei der Bezahlung werden wir im Bundesvergleich weiter nach hinten durchgereicht. Das passt nicht zusammen.



Wir verwehren uns ausdrücklich dagegen, dass Beamtinnen und Beamte, die in der Polizei Führungsverantwortung übernehmen, ausgegrenzt werden, indem ihnen die Politik die Wertschätzung verweigert. Das ist nicht hinnehmbar. Auch die Führungskräfte der Polizei verrichten tagesein tagaus ihren Dienst mit hoher Motivation und vollem Einsatz. Auch sie haben ein Recht auf Anerkennung ihrer Leistung.

Wir sind erschüttert, dass die Landesregierung ihre Entscheidung vor dem Hintergrund fiskalpolitischer Herausforderungen als alternativlos darstellt und sich damit jeder sachlichen Diskussion über die Auswirkungen ihrer Entscheidungen auf die Sicherung der Qualität unserer Arbeit für die Bürgerinnen und Bürger verweigert.

Angesichts von 4,9 Milliarden Euro Mehreinnahmen im Landeshaushalt 2012 -2014 bestehen wir darauf, dass eine 1:1 Übertragung des Tarifergebnisses auf die Beamtinnen und Beamten des Landes den notwendigen Konsolidierungskurs der Landesregierung nicht einmal annähernd gefährdet.

**Wir fordern die Landesregierung auf,
ihre Basta-Politik zu beenden
und endlich einen konstruktiven
Dialog mit den Gewerkschaften
zu suchen!**